

Dachorganisation asb

Bundesministerium für Justiz
Museumstraße 7
1070 Wien

per Email an team.z@bmj.gv.at
Kopie an begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Linz, am 12.9.2016

GZ: BMJ-Z17.000/0003-I 8/2016

Stellungnahme

Entwurf des Bundesgesetzes, mit dem das Rechtspflegergesetz geändert wird
227/ME XXV. GP

Sehr geehrter Herr Bundesminister!
Sehr geehrter Frau Dr. Bydlinski!

Die ASB Schuldnerberatungen GmbH als Dachorganisation der staatlich anerkannten
Schuldenberatungen gibt zum vorliegenden Entwurf des Rechtspflegergesetzes
folgende

STELLUNGNAHME

ab:

Der Entwurf sieht für Insolvenzsachen die **Übertragung sämtlicher
Schuldenregulierungsverfahren an die Rechtspfleger** durch Entfall der bisherigen Wertgrenze von
50.000 Euro vor (Wegfall des § 17a Abs 2 Z1 idaf).

In der Vergangenheit waren Richter mit wenigen Verfahren mit Aktiva über 50.000 Euro befasst.

Schuldenberatungen sprechen sich für die Konzentration der Verfahren bei RechtspflegerInnen aus.
Sie haben die Erfahrung gemacht, dass RechtspflegerInnen aufgrund der Vielzahl der abgewickelten
Verfahren über große Erfahrung und großes Know How bei der Abwicklung von komplexen
Schuldenregulierungsverfahren verfügen.

ASB Schuldnerberatungen GmbH

UID: ATU 56591744
FN 2303271 LG Linz
www.schuldenberatung.at



Zentrale

4020 Linz, Bockgasse 2 b
Tel.: +43-(0)732-65 65 99
Fax: +43-(0)732-65 36 30
E-Mail: asb@asb-gmbh.at

Büro Wien

1060 Wien, Gumpendorfer Straße 83
Tel.: +43-(0)1-96 10 213
Fax: +43-(0)1-96 10 213-44
E-Mail: asbwien@asb-gmbh.at

Zur Durchführung komplexer Verfahren benötigen RechtspflegerInnen selbstverständlich eine angemessene Entscheidungsbefugnis, damit verhindert wird, dass es hier zu Insolvenzverwalterbestellungen und Einholung von Sachverständigengutachten kommt. Diese würden Verfahren erheblich verteuern und verlängern, womit die Schuldenregulierung unserer KlientInnen erheblich erschwert werden würde.

Der Entwurf sieht vor, dass die **Entscheidung über die Restschuldbefreiung nach Billigkeit** (§ 17a Abs 2 Z2) **bei den Richtern** bleibt. Schuldenberatungen begrüßen den Verbleib, weil Entscheidungen mit der Tragweite einer Billigkeitsentscheidung bei einem kleinen Personenkreis bleiben sollen. Auch hat sich auf dem Gebiet der Billigkeitsentscheidungen bereits eine in vielen Punkten einheitliche Rechtsprechung etabliert. Die Übertragung an einen anderen und größeren Personenkreis würde zur Rechtsunsicherheit bei der Beurteilung von Billigkeitsfragen führen.



Mag. (FH) Clemens Mitterlehner
Geschäftsführer